

Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einer Resolution "Solidarität mit den Studierenden der Universität Hannover"

Antrag,

gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

Resolution 'Solidarität mit den Studierenden der Universität Hannover '

Begründung

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover unterstützt die Proteste der Studierenden der Universität Hannover gegen die Sparmaßnahmen der niedersächsischen Landesregierung im Hochschulbereich. Er spricht sich für den Erhalt der Universität Hannover als Volluniversität aus. Die Hochschulen in Hannover brauchen eine verlässliche Planung über ihre strukturelle Entwicklung und auch Sicherheit über die finanzielle Ausstattung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich gegenüber der niedersächsischen Landesregierung dafür einzusetzen, dass jegliche Kürzungsvorhaben unter dieser Prämisse und ausschließlich auf der Basis von gemeinsam mit den Hochschulen entwickelten tragfähigen Konzepten erfolgen dürfen.

Die Zukunft der Landeshauptstadt Hannover und die Zukunft der Universität Hannover sind eng miteinander verbunden. So ist die Universität Hannover zum einem in ihrer Funktion als Volluniversität ein wichtiger Standortfaktor für diese Stadt, zum anderen wirkt sich die Existenz einer solchen Bildungseinrichtung positiv auf die demographische Entwicklung der Landeshauptstadt aus. In Zeiten der Stadtfucht und Überalterung stellen die jungen Studierenden für Hannover ein Stück Zukunft für ein modernes Hannover dar.

Die Sparpläne der niedersächsischen Landesregierung im Hochschulbereich gefährden aber die Zukunft der Universität Hannover als Volluniversität. Der Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Hannover soll geschlossen werden. Ebenso sollen die Fachbereiche Landespflege, Architektur und Bauingenieurwesen mit einer überdimensionalen Stellenkürzung zusammengelegt werden, was zwangsläufig das Schließen von Teilbereichen dieser Fachbereiche bedeuten würde. Der Bereich Geistes- und Sozialwissenschaften soll um 40 Stellen verkleinert werden, was ein faktisches Aus für dortige Teilbereiche heißen würde. Das gefährdet die Interdisziplinarität der Studiengänge.

Wenn bei Forschung und Lehre an den Hochschulen derart dramatisch gestrichen wird, hat das nicht nur negative Konsequenzen für die einzelnen betroffenen Studierenden und Lehrenden, sondern auch für die Wirtschaft. Für die Landeshauptstadt Hannover bedeutet das, dass die derzeitigen Sparvorgaben für die Universität Hannover besonders der wirtschaftlichen Zukunft der Region Hannover und ihrer Landeshauptstadt, hier insbesondere dem Projekt 'hannoverimpuls', schaden würden, da die notwendigen Gründungspotenziale unter den Studierenden und den MitarbeiterInnen der Universität nicht mehr im notwendigen Umfang vorhanden wären.

Die Umsetzung dieser Sparpläne würde die zwangsläufige Abwanderung junger Menschen aus Hannover bedeuten, da die Landeshauptstadt für sie dann kein attraktiver Studienort mehr sein würde. Schließlich werden die potentiellen Studierenden der Geistes- und Sozial- oder Rechtswissenschaften, sowie Landespflege, Architektur und Bauingenieurwesen kaum einen

technisch- naturwissenschaftlichen Studiengang aufnehmen. Sie werden stattdessen an andere Universitäten, in andere Städte abwandern. Schließungen von Teilbereichen oder ganzen Fachbereichen der Universität Hannover kämen insoweit einer Beschneidung der Landeshauptstadt selbst gleich. Sie wären ein großer Verlust für die junge kulturelle Vielfalt und wirtschaftliche Zukunft Hannovers. Für die Zukunft der Stadt Hannover, ist eine solche Entwicklung nicht hinnehmbar. Die Studierenden sind in Hannover willkommen - jetzt und in Zukunft! Die Solidarität und Unterstützung des Rates der Landeshauptstadt Hannover gebührt den Studentinnen und Studenten sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Universität Hannover und ihrem Protest gegen die Sparpläne der niedersächsischen Landesregierung.

Klaus Huneke
Fraktionsvorsitzender

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender